

Informationsdienst des CGB

INTERN

Ausgabe August 2022

Der Bundesvorsitzende hat das Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Urlaubszeit, der Wunsch vieler Menschen die schlimmen Krisenzeiten in der wir uns alle befinden, einmal für ein, zwei Wochen vergessen zu können, führt leider nur zum Teil zu einer etwas entspannteren Situation. Personal- bzw. Fachkräftemangel auch in der Tourismusbranche zeigen uns, was in der Zukunft anders und besser gemacht werden muss. Angesichts der Energie- und Verbraucherpreise diskutiert die Politik über weitere Entlastungen. Dabei hat die Ampel, die vor allem in der Sozialpolitik deutliche Verbesserungen vornehmen wollte, in der Energiekrise teils absurde Regelungen getroffen, vom Tankrabatt bis zur Nichtberücksichtigung von Bedürftigen wie Rentnern bei der Energiepreispause. Dabei würde in Zeiten der Pandemie, des Ukraine-Kriegs und der extremen Inflation wirklich die Möglichkeit einer Zeitenwende bestehen. Man müsste sie eben politisch auch tatsächlich wollen.



Adalbert Ewen
Bundesvorsitzender

Was wir dieser Tage leidvoll erfahren müssen, ist, dass Veränderungen nicht immer nur die anderen treffen, sondern jeden von uns, egal wie abgesichert wir uns zuvor gefühlt haben. Fossile Energieträger bieten keine Sicherheit mehr, weder im Hinblick auf die erforderlichen Mengen, noch auf die Preise. Das große Erdgasbezugsproblem wird sicher über vielfältige Lösungsansätze angegangen werden müssen. In den privaten Haushalten und in der Industrie wird es primär für die Erzeugung von Wärme genutzt. In der Industrie wird aber auch Wasserstoff aus Erdgas gewonnen und für weitere Synthesen eingesetzt. Gerade in dieser Synthesereaktion kann ohne Umwege grüner Wasserstoff genutzt werden. Mit der Aufrüstung bestehender Biogasanlagen, wovon es in Deutschland mehr als 9000 gibt, zur Biomethanherzeugung und der Installation weiterer Elektrolyse-Anlagen für die Wasserstoffgewinnung wäre es ohne weiteres möglich, 15 bis 20 Prozent der Erdgasimporte aus Russland zu ersetzen. Dazu bedarf es vor allem einer drastischen Vereinfachung und Beschleunigung der behördlichen Genehmigungsverfahren, was übrigens für viele weitere Lebensbereiche ebenso gilt.

Zu jeder Zeit mussten große Anstrengungen im „Jetzt“ getätigt werden, sollten die Dinge in der Zukunft eine andere Entwicklung nehmen. Mit „gezogener Handbremse“ und dem typischen Hin- und Her lassen sich Probleme nicht lösen. Die Politik muss sich endlich von allzu dogmatischen Denkanstößen lösen. Aktuelles Beispiel ist die Debatte über die Rente mit 70 Jahren. Ungeachtet aller Meinungen muss man sich bewusst sein, dass sich die Beitragsstabilität nicht mehr lange halten lassen wird und es einer Reform des Rentensystems bedarf. Diese Diskussion muss „barrierefrei“ sein, um ein tragfähiges Ergebnis erreichen zu können. Totschlagargumente werden eine Lösung nur blockieren. Vielmehr braucht es einen gesamtgesellschaftlichen Konsens, damit die oft benutzte Aussage „die Rente ist sicher“ auch weiter als im Wesentlichen richtig gelten kann. Essentiell dafür ist auch die Selbstverwaltung deren Wahlen im kommenden Jahr stattfinden. Macht bitte alle von eurem Wahlrecht Gebrauch und stützt die Sozialversicherung mit eurer Unterschrift. Nur die Beteiligung der Versicherten an den Entscheidungen der Sozialversicherung führt dazu, dass die Entscheidungen für die Versicherten getroffen werden.

Adalbert Ewen
CGB-Bundesvorsitzender
Informationsdienst des CGB

Aktuelles Thema



CHRISTLICHER GEWERKSCHAFTSBUND DEUTSCHLANDS

Freie Gewerkschaften müssen in Europa ihre Arbeit machen können! CGB fordert massives Einschreiten gegen Gewerkschaftsverbote in Belarus

Lukaschenko verbietet in Belarus die Arbeit unabhängiger Gewerkschaften. Nach massiver Kritik an den Verhältnissen in Belarus werden den Gewerkschaftern extremistische Aktivitäten vorgeworfen. Grundlage einer modernen Gesellschaft ist neben der Garantie der Menschenrechte vor allem die gedankliche und politische Freiheit ohne Unterdrückung und Bevormundung durch den Staat. Das gilt für jede Art politischer Betätigung, auch für die gewerkschaftspolitische. Das ist die Tradition, die das Zusammenleben in Europa über die letzten Jahrzehnte geprägt hat.

Die Freiheit, seine Interessen selbst zu vertreten, die wichtigen Dinge selbst in die Hand zu nehmen und sich seine Interessenvertretung selbst auszuwählen, ist die Voraussetzung für den gesamtgesellschaftlichen Konsens. Freiheit kennt nicht nur keinen Monopolanspruch, er kennt vor allem kein staatliches Verbot von gesellschaftspolitischer Betätigung.

Eine Situation wie in Belarus ist im Jahr 2022 in modernen Gesellschaften, die in friedlicher Koexistenz leben und in der breiten Diskussion den besten Weg finden sollten, ein unerträglicher Zustand. Wir haben hier einen Rückschritt in den Autokratismus vergangener Jahrhunderte, der keine Schule machen darf.

Es macht aber keinen Unterschied, ob der Staat selbst gewerkschaftspolitische Betätigung verbietet oder ob er sich der Justiz bedient, die aufgrund utopischer Anforderungen Gewerkschaften attestiert, dass sie nicht in der Lage seien als kleinere Organisation ihre Aufgaben zu erfüllen, obwohl sie das jahrelang ohne jeglichen Missbrauch getan haben. Das Ergebnis ist das gleiche, freie Gewerkschaften können ihre Arbeit nicht mehr machen und die gesellschaftspolitischen Fragen nicht mehr mitgestalten. Auch der permanente Versuch bestimmter politischer Kräfte, durch immer wiederkehrende Gerichtsverfahren kleinere Gewerkschaften aus der Tarifarbeit zu drängen, ist ein Schlag ins Gesicht der Gewerkschaftsfreiheit und ein Rückschritt in autokratisches Gedankengut.

Das können wir uns nicht gefallen lassen! Selbstverantwortung und Vernunft verbunden mit der Möglichkeit die Regelung der verschiedenen Belange des Arbeitslebens in einer Gemeinschaft selbst in die Hand zu nehmen, braucht keine staatlichen Verbote und keine Regulierung durch die Justiz. Die Vielfältigkeit des Arbeitslebens und die unterschiedlichen Weltan-

schauungen müssen sich auch in der Vielfältigkeit freier Gewerkschaften widerspiegeln.

Unser Leben ist abwechslungsreich, unsere Arbeitswelt ist vielschichtig. Das ist das Ergebnis der Entwicklung des Zusammenlebens freier Menschen, die ohne Unterdrückung und ohne staatliche und sonstige Vorgaben in einem rechtsstaatlichen Rahmen leben. Natürlich ist mehr Gewerkschaftsfreiheit anstrengend. Doch dieser Aufgabe müssen wir uns stellen! Unser Ansatz ist die Freiheit anders zu denken, auch die Freiheit sich gegen Massenorganisationen zu entscheiden. Unser Ansatz liegt in dem Recht, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Für uns als Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands gilt nach wie vor: „So viel Einfluss und Unterstützung von außen wie nötig, aber so viel Selbständigkeit und Freiheit wie möglich!“

Freie Gesellschaften brauchen unterschiedliche Gewerkschaften, denn Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.

Resolution CGB im Juli 2022

Aus den Gewerkschaften

CGM: Mehr fördern statt fördern!



Der CGM-Bundesvorsitzende Reiner Jahns ist überzeugt, die Kritik am Bürgergeld geht in die falsche Richtung. Eine Debatte über Zwang führt zu keiner nachhaltigen Befähigung von Leistungsempfängern für eine Teilhabe am Arbeitsmarkt. Durch eine forbildungsorientierte Förderung hingegen könnte die deutsche Wirtschaft erheblich profitieren.

Eine »Sanktionsfreiheit« bei Sozialleistungsempfängern ist umstritten. Aber in der laufenden Debatte um das Bürgergeld macht es laut Reiner Jahns, Bundesvorsitzender der Christlichen Gewerkschaft Metall, keinen Sinn, den Fokus auf diese Frage zu legen. Denn erstens habe dies Minister Heil nicht vor und zweitens sind Sanktionen eine Randerscheinung. „Die große Mehrzahl der Menschen in der Grundsicherung kommen doch nie mit Sanktionen in Kontakt. Das Ganze ist eine populistische Schein- und Neiddebatte.“, so der CGM-Bundesvorsitzende.

Auch die Forderung der FDP auf die Erhöhung der Hinzuverdienstmöglichkeiten für alle Bürgergeld-Bezieher sieht Jahns kritisch. Setzt sie seiner Meinung nach doch den falschen Anreiz auf Verharren in nicht nachhaltigen Strukturen. „Gerade bei erwachsenen Beziehern, die weder Schüler noch Student oder Azubi sind, sollten eine sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung das Ziel sein. Ansonsten schieben wir das Problem in Form von extremer Altersarmut nur hinaus. Statt auf Neben- und Aushilfsjobs sollte hier eher auf Förderung und Fortbildung gesetzt werden.“ Dabei könnte das Bürgergeld helfen, damit sich die Leute sorgenfreier und somit effektiver um eine sinnvolle Perspektive bemühen können.

Für den CGM-Bundesvorsitzenden ist klar, in Deutschland muss viel mehr in die Bevölkerung investiert werden. „Wir haben einen riesigen Fachkräftemangel. Die Frage sollte nicht sein, wie ich Leistungsempfänger durch Zwang zum Arbeiten treibe. Viel entscheidender ist doch, wie bilde ich sie fort und mache sie dauerhaft fit für den Arbeitsmarkt.“

Reiner Jahns ist überzeugt: „Generelles Ziel muss sein, den Leuten eine nachhaltige Perspektive zu schaffen. Davon profitieren dann auch wieder Wirtschaft und Gesellschaft.“

PM CGM im Juli 2022

* * * *

DHV kommentiert: Schnelle und spürbare Entlastungen?



Die Bundesregierung hat angesichts der stark steigenden Energiepreise umfassende und unbürokratische Entlastungen auf den Weg gebracht. Dazu zählen steuerliche Entlastungen sowie weitere unterstützende Maßnahmen. Auch betroffene Unternehmen erhalten Hilfe bei der Bewältigung der Herausforderungen.

Im ersten Quartal 2022 hatte die Bundesregierung mit dem ersten Entlastungspaket bereits eine Reihe umfangreicher Maßnahmen zur Entlastung beschlossen. Dazu zählt das Steuerentlastungsgesetz 2022, das am 16. März 2022 vom Kabinett auf den Weg gebracht wurde. Danach gilt rückwirkend zum 1. Januar 2022:

- **Der Arbeitnehmerpauschbetrag steigt um 200 Euro auf 1.200 Euro.**
- **Der Grundfreibetrag steigt um 363 Euro auf 10.347 Euro.**
- **Die Entfernungspauschale für Fernpendler (ab dem 21. Kilometer) sowie die Mobilitätsprämie steigen auf 38 Cent.**

Der Koalitionsausschuss einigte sich bei seinem Treffen vom 23. März 2022 im Grundsatz auf ein Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten. Mit dem Kabinettsbeschluss vom 27. April 2022 werden diese Maßnahmen nun umgesetzt. Das Paket beinhaltet umfassende Maßnahmen zur schnellen und unbürokratischen Entlastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Familien.

Im Einzelnen geht es insbesondere um folgende Maßnahmen:

- **Energiesteuer auf Kraftstoffe soll für drei Monate gesenkt werden. Für Benzin reduziert sich der Energiesteuersatz um 29,55 ct/Liter, für Dieselkraftstoff um 14,04 ct/Liter.**
- **Einmalige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro für alle einkommensteuerpflichtigen Erwerbstätigen.**
- **Kinderbonus 2022 als zusätzliche Einmalzahlung für Familien von 100 Euro pro Kind.**
- **Einmalzahlung für Empfangende von Sozialleistungen von 200 Euro.**
- **Vergünstigte Tickets für den ÖPNV.**

Wir, die DHV-Die Berufsgewerkschaft e.V., informieren und halten euch auf dem laufenden! Mit unserm Informationsdienst können sich die Mitglieder und Interessierte ein Bild über die Tätigkeit und Präsenz der DHV in Deutschland machen. Die DHV nutzt diese Kanäle, um ihre Standpunkte und Positionen klar darzustellen und sich weiter für den gewerkschaftlichen Pluralismus und die gewerkschaftliche Freiheit in Deutschland und Europa einzusetzen.

Kommentar DHV im Juni 2022

* * * *



CGB-Hauptausschuss fordert Sicherstellung der Gasversorgung ohne Zwangsmaßnahmen

Der CGB-Hauptausschuss, das höchste Beschlussgremium zwischen den Gewerkschaftstagen, hat sich am 23. Juni 2022 auf seiner Sitzung in Berlin besorgt gezeigt über die zunehmend spürbar werdenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die in Folge gegen Russland verhängten Sanktionen auf die Energieversorgung und Energiepreise in Deutschland. Er warnt vor den Gefahren einer Rezession und weiter steigenden Inflation und fordert zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung der Energieversorgung.

Für erforderlich erachtet der CGB-Hauptausschuss insbesondere die Kompensierung der von Russland gedrosselten Gaslieferungen durch Laufzeitverlängerungen von Steinkohle- und Braunkohlekraftwerken sowie die zügige Wiederinbetriebnahme entsprechender Kraftwerksreserven. Auch eine befristete Laufzeitverlängerung der drei in Deutschland noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke stellt – sofern realisierbar - für den CGB und seine Gewerkschaften und Berufsverbände kein Tabu dar, sondern wird als sinnvoll erachtet.

Der CGB-Hauptausschuss erwartet, dass darüber hinaus alle gebotenen Möglichkeiten zur Steigerung der Gasversorgung genutzt werden. Er begrüßt die vom Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossene Bereitstellung von 15 Mrd. Euro zur Befüllung der Gasspeicher und den Einkauf der hierfür erforderlichen Gasmengen. Weiterhin begrüßt er die bereits beschlossene Vereinbarung zur Erschließung weiterer Gasvorkommen in der Nordsee. Hoffnungen setzt der Hauptausschuss auch in den Import von Flüssiggas und fordert planungs- und genehmigungsrechtliche Erleichterungen für den schnellen Bau der bislang noch fehlenden LNG-Terminals in Deutschland. Auch die Nutzung der großen Schiefergasvorkommen im Lande sollte nach Auffassung des Hauptausschusses nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Zwangsmaßnahmen zur Verringerung des Gasverbrauchs in Deutschland, insbesondere die Absenkung der von Vermietern bislang zu gewährleistenden Mindest-Raumtemperatur, werden vom CGB-Hauptausschuss als unzumutbar erachtet und daher entschieden abgelehnt. Hierzu Adalbert Ewen, CGB Bundesvorsitzender: „Minister Habeck hat bereits die Alarmstufe des Notfallplans Gas verkündet. Dabei sollte es bleiben. Es gibt derzeit noch ausreichende Möglichkeiten, die Gasversorgung in Deutschland auch über den nächsten Winter sicherzustellen, wenn man Willens ist, sie zu nutzen und nicht die eigene Ideologie über die Gewährleistung der Versorgungssicherheit stellt.“

PM CGB im Juni 2022

* * * *

Im Jahresrückblick

Pauline-Herber-Preis des VkdL erstmals verliehen Pauline-Herber-Stiftung honoriert das Engagement von „TeenSTAR“ VkdL unterstützt pädagogisches Angebot zur sexuellen Erziehung



Am 29. Februar 2016 – zum 164. Geburtstag Pauline Herbers – gründete der VkdL eine Stiftung zu Ehren seiner Vereinsgründerin. Die Pauline-Herber-Stiftung verfolgt laut Satzung den Zweck, die „Entwicklung und Förderung von Pädagogik sowie die Erziehung und Bildung auf Grundlage des katholischen Glaubens und dessen Menschenbildes“ zu unterstützen. Auch „wissenschaftliche Arbeit und Forschung in Bezug auf katholische Bildung und Erziehung“ sollen langfristig gefördert werden.

In diesem Jahr konnte im Rahmen der 124. Bundeshauptversammlung des VkdL erstmals der mit 2000,- Euro dotierte Pauline-Herber-Preis verliehen werden. Preisträgerin ist die international in fast 30 Ländern vertretene Organisation „TeenSTAR“, die in den 1980er-Jahren von der Gynäkologin Dr. Hanna Klaus gegründet wurde und seit 1994 in Deutschland vertreten ist. In ihrer Ansprache begründete die neue Bundesvorsitzende des VkdL, Ursula Maria Fehlner, die

Preisverleihung an „TeenSTAR Deutschland“ wie folgt: „Mit dem neuen Stiftungspreis will der VkdL im Jahr 2022 eine Organisation ehren, die in Zeiten der hitzigen Diskussionen um sexuelle Orientierung, Verfehlungen und Verbrechen sich nicht scheut, ein gut ausgearbeitetes, pädagogisch sensibles Kursangebot zur sexuellen Erziehung für Kinder und Jugendliche zu unterbreiten, das sich klar zur Schönheit der Sexualität im Sinne des katholischen Menschenbildes bekennt.“

Die diesjährige Preisträgerin passt damit auch zum diesjährigen Tagungsthema „Warum Bildung PERSONEN braucht!“, denn TeenSTAR ist ein persönlichkeitsbildendes sexualpädagogisches Programm für junge Menschen zwischen 6 und 18 Jahren, das sich klar an der bedingungslosen Würde des Einzelnen orientiert, junge Menschen stark macht und Sexualität als Ausdruck der menschlichen Person versteht. In wesentlicher Übereinstimmung mit der von Papst Johannes Paul II. ins Leben gerufenen „Theologie des Leibes“ (TdL) bildet sie einen kritischen Gegenpol zu modernen, z.T. menschenverachtenden Trends.

Die Vorsitzende von TeenSTAR Deutschland, Dr. Elisabeth Luge, nahm zusammen mit der Pädagogischen Leiterin, Elisabeth Pesahl, die Urkunde zur Preisverleihung entgegen und bedankte sich für das Vertrauen, das der VkdL in das sexualpädagogische Konzept setzte.

In ihrer Laudatio lobte Maria Groos von der Eichstätt-Organisation „Knotenpunkt – Begegnung verbindet e.V.“ die Auszeichnung als wertvolles Zeichen in einer schwierigen Zeit. Als Leiterin und Mitorganisatorin großer internationaler Tagungen zur TdL an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt arbeitete Frau Groos von Anfang an mit TeenSTAR zusammen, dessen altersgerechte Workshops einen festen Programmpunkt bildeten. Durch feinfühlig und fundierte Aufklärungsarbeit trifft TeenSTAR einen Nerv der Zeit: Junge Menschen haben Fragen zu Sexualität, zu Ehe und Familie, zum Sinn des Lebens.

Wie überzeugend TeenSTAR diese Fragen beantwortet, entfaltete Maria Groos in ihrer engagierten Ansprache.

PM VkdL im März 2022

Impressum

Christlicher Gewerkschaftsbund Deutschlands, Obentrautstraße 57 * 10963 Berlin

Telefon: 030/21 02 17-30

Fax: 030/21 02 17-40

E-Mail: cgb.bund@cgb.info

Internet: www.cgb.info

ViSdP: Christian Hertzog, Anne Kiesow

Redaktion: Anne Kiesow, Christian Hertzog

Layout: Michaela Bahner

Dies ist ein unentgeltlicher Informationsdienst des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands.